

Volkstimme

Einzelnnummer 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S.

Nummer 227.

Verlagspreis: Monatsheft — 2 Mk. und 1. — 2 Mk. Vierteljahr; durch die Kreisbibliothek 6,30 Mk. und Abholgebühr. Durch die Post angefordert monatlich 7. — Mk.; im Vierteljahr 21. — Mk.

Bezirk Merseburg.

Erscheint jeden Freitag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“

5. Jahrgang.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtspaltigen Haupttext kostet 70 Pf.; Reklame im dreispaltigen Text 3. — Mk. Größe der Anzeigenahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Verlag: Große Brauhausstraße 17, Halle a. S. Fernruf-Nr. 6002. Erscheinungsort: Halle a. S.

Halle, Mittwoch, den 28. September 1921

Verlag u. Expedition: G. Ulrich, 27, Halle a. S. Fernruf-Nr. 5407. Vertriebsstellen: Erfurt Nr. 11692

Reichstagsanfang.

Der Reichstag hat seine Sitzungen wieder aufgenommen. Die erste, die gestern stattfand, hat eine Tagesordnungsmittwoch eingeleitet, der einer der bedeutungsvollsten werden wird, die es jemals im Reichstag gegeben hat. Jede einzelne Frage, über die er in den nächsten Wochen zu beschließen hat, ist schon geeignet, das Volk in größtem Maße zu interessieren und zu erregen. Wir nennen nur die erste, die am heutigen Mittwoch zur Verhandlung steht: Das große Unglück in Oppau. Hierbei wird das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit im vollen Umfange aufgerollt werden, sei es direkt, sei es indirekt.

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist der Schlüssel zu allen Kämpfen im Innern unseres Landes, und gleich am ersten Tage wird es angegriffen werden bei einem Vorfall, der die Arbeiterfrage in vollem Umfange in der Lage des Lebenden und Lebenden, des zur Aufopferung Bereitwilligen zeigt. Das Oppauer Unglück ist nicht geeignet, der Erlebigung der anderen Fragen im Reichstag, die ebenfalls eng zusammenhängen mit dem Verhältnis der Arbeit zum Kapital, der Erhaltung der Schwere und all der anderen Dinge, den Drang der leidenschaftlichen Anlage zu nehmen. Leidenschaftliche Anlage erweist aber gleichgültige Bewegung im ganzen Lande.

Man lasse sich nicht täuschen durch den lässlichen, den würdigen Verlauf der ersten Sitzung des Reichstages. Es werden Tage kommen, wo sich das Niveau um ein vom Staat herabsetzen wird. Da wird jeder Blick der Mitte — von dem die bürgerlichen Blätter in allen Parteien schwärmen — sich als alles andere, nur nicht als Felsen zeigen. Zu groß sind die Gegensätze in diesem schmerzhaften Gebilde. Die Anspannung über die Verteilung der uns auferlegten Lasten auf tragfähige Schultern gehen ebenso weit auseinander, wie die Ziele zu einer gesunden Auslandspolitik entgegengesetzt sind. Die Entscheidung, die im Mai fiel, als die Deutsche Volkspartei die Unterzeichnung des Versailler Abkommens, wird im Verlauf der letzten Reichstagsperiode noch einmal, aber in geistlicher Form an uns herantreten. Gefährlicher deshalb, weil sich die Gegner der Ratifizierung gesammelt haben und, soweit sie einen Gegner aber Kapitalisten sind, die Lasten anderer Schultern aufpassen wollen.

Eine andere und ebenso wichtige Angelegenheit, die unter feinen Umständen länger auf die Bank geschoben werden darf, ist die Republikanisierung der Verwaltung im Reich, im Staat und in der Gemeinde. Sie wird bei allen Reichstagsentscheidungen als Unterton mitschlagen. Kein Wunder, wenn verantwortungsbewusste Staatsmänner den Versuch machen wollen, durch eine teilweise Rückführung dieser Dingen die schiefen Ebnisse abzufrachten, denn das nicht gefolgt, dem kurzlich lagen und dem selbstherrlichen Geistes die Schuld an dem dann kommenden Unheil zuzuschreiben.

Gewitter liegen in der Luft. Wer aber die Stürme heraufzuweilen will, die diese Gewitter zusammenreiben und zu schreckensvoller Entladung bringen, der muß vom Volk schon vorher ermahnt werden. Die Sozialdemokratie hat erst in Götting wieder gezeigt, daß sie gewillt ist, das Schwere, mäne es kommen in jeder Gestalt, vom Kolle zu wenden. Wer ihr dabei hindernd in den Weg tritt, wird die Folgen zu tragen haben.

134. Sitzung. — Dienstag, den 27. September 1921. 3 Uhr. Das Reichstagsgebäude ist heute in den Reichstagen besetzt. So wird es nach besonderer Anordnung des Reichstagspräsidenten Ede in Zukunft an allen Tagen, wo Plenarsitzungen stattfinden, besetzt werden, eine Besetzung, die auch den Parlamenten anderer Staaten gebräuchlich ist.

Am Regierungstisch: Reichstagspräsident Dr. Brüning, Reichsminister des Innern Dr. Gröner u. a. m.

Während sich die Abga. von den Plänen erheben, hält Präsident Ede einen Nachruf auf die aus dem Leben geschiedenen Zentrumsvizepräsidenten Trimborn, Dr. Hübner, Buragge und Gröber, deren Plätze mit Vizepräsidenten und Gewählten aus diesen Kreisen besetzt sind. Der Tod hat in der Sommerpause unter den Abgeordneten, besonders der Zentrumsfraktion, reiche Ernte gehalten. Grüntümmern als alle herben Verluste würde auf uns die Nachricht, von dem tüchtigen Abgeordneten, dem unier Kollege Gröber erlegen ist. Er hat unter Land in einem schwersten Ansehen gestanden. Denn er war nicht die vereinzelt Tat eines verletzten Parlamentiers, sondern er war der tüchtige, kluge, liebesfähige Angehörige der Arbeiterklasse. So gilt er nicht nur als einer der Tat Personen unserer Zeit, die sie offen herbeizumünchten und daß es nach der Tat Personen gegeben hat, die sie billigten und entschuldigten. Man billigte die Tat, derer, die voranden, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, und die doch nicht den Mut hatten, ihre Tat einzugehen und zu verantworten. Man hat nicht, daß sie das Reich des Schiefers mit Würde abzuheben bestanden, daß sie vor dem Auslande die Arme herabließen, die vorher schon schmerzlichen Anstößen ausgesetzt war. Der geliebte Kollege Gröber hat gewiß oft in diesem Kampfe gekämpft und auch

keine herausgerollt, aber er hat auch gearbeitet im Dienste des Reichstags und des Landes wie nur wenige. Vielleicht mag ihm dabei mancher Beschäftigter unterlaufen sein. Wer die Verantwortung nicht in seine Hände nimmt, der ist vor allen Beschäftigten gefeit. Die aber, die den Kampf um politischen Ziele auf das persönliche Gebiet übertragen, die haben keinen Grund sich zu entschuldigen. Schon im Februar sagte ich: Möge die Geschichte ihm geben, was viele seiner Zeitgenossen ihm verweigern, möge sie an seinem Namen ausmachen, was an seinem Leben nicht mehr gutzumachen ist. — Der Präsident gebietet weiter des Ablebens des Abg. Reichhaus (Soz.) und der Opfer der Katastrophe in Oppau.

Seine Anfragen:

Auf der Tagesordnung stehen dann 23 kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Schmidt-Göppert (Soz.), was die Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung für arbeitslose Deutsche Arbeiter in Form von zu genehmigen, wird erwidert, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Eisenbahnern Schritte unternommen habe, um den einheimischen Arbeitern vor den ausländischen Arbeit zu sichern.

Abg. Dr. D. W. wünscht ausreichende Sühne für die Ermordung des Bundesratsmarschalls durch einen französischen Soldaten in Fieber, B. Trier. Die Regierung läßt antworten, daß ein französischer Soldat angeklagt, aber von dem französischen Kriegsgericht freigesprochen worden sei. Weitere Schritte zur Verhinderung der Wiederholung dertartiger Vorgänge sind unternommen worden. — Ein weitestgehender Erfolg ist leider dadurch nicht erzielt worden. Doch teilweise Zurückweisung der französischen Truppen aus diesem Gebiet büßten in den letzten Tagen eine Entscheidung für die schwerergriffene Bevölkerung eingeleitet.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt, ob seien die Ärzte, die über den Zustand des Herrn v. Jaqom nachweisbare Mittel angekauft haben, ein Verfahren eingeleitet worden ist, und welche Verträge in der Zwischenzeit gemacht worden sind, um den Haftbefehl zur Vollziehung zu bringen. Die Regierung hält die Anfrage durch die neuere Debatte für erledigt.

Abg. Dr. D. W. (D. W.) fordert eine eingehende Denkschrift über die Möglichkeiten für den Rekrutierungsbereich, ferner über die Güte der rekrutierten deutschen Volkstruppen. Die Reichsregierung erklärt sich bereit, dem Reichstage eine Denkschrift über diese Angelegenheit vorzulegen. Die Aufstellung einer Vermögensübersicht über jedes erhebliche staatliche Schwertgefährt entgegensehen. Sie soll daher so lange verhandelt werden, bis sich die Verteilung der Kosten über die Reichsregierung ergibt.

Abg. Dr. W. H. (D. W.) erhebt eine Reihe der folgende Antwort: Nach amtlichen Berichten ist die künftige künftige Gebirgsarmee von zwei schwachen Kolonialabteilungen bei Briemein veranlaßt worden. Durch das Hinfallen mehrere befristeter Soldaten wurden die Interzessionen. Eine Unterabteilung ist in der Tat, das Ergebnis ist, leider noch nicht vor.

Abg. Dr. W. H. (D. W.) fragt, ob die Reichsregierung zu erklären merke, daß sie der Reile des Schriftstellers Maximilian Baden nach Nordamerika willig fernbleibe? — Ministerdirektor Müller erklärt, daß die Reichsregierung dieser Reile vollkommen fernbleibe.

Abg. Dr. W. H. (D. W.) fragt, ob die Reichsregierung mitgeteilt, daß bezüglich der Pensionierung des Kapitäns Eberhard nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren wurde. Die Interpellation Herr (D. W.) über Greidererziehung, Dr. Stresemann (D. W.) über die Ausstellungen gegenüber Angehörigen niedrigeren Ranges, Herr (D. W.) über die Durchsetzung der Befähigung des Reichsanwalters durch Beamte, Offiziere usw. sollen in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden. Die Reichshausabteilung für 1919 steht an den Rechnungsausgaben. Das Zuteilerteil wurde mit einem Zuschuß von 1 Milliardern überwiegen. Das Geles über die Verpflichtung zur Auslastung über militärische Gelder und zu deren Herausgabe, wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Das Haus verliert sich am Mittwoch 2 Uhr.

Verständigung zwischen Bayern und Reich.

Kein Sieger und kein Unterlegener.

München, 28. Sept. (WZ). Dem Verfassungsausschuss der bayerischen Landtage wurde in seiner gestrigen Sitzung die am 24. September in Berlin zwischen dem Reichstagspräsidenten und Reichsminister des Innern und dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Minister des Innern getroffene Vereinbarung bekanntgegeben. Danach sind die Verhandlungen zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichsminister des Innern am 29. und 30. August urkundlich abgeschlossen und durch eine bis spätestens 29. September zu erstellende Vereinbarung zu erledigen. Ferner soll zweitens die bayerische Staatsregierung die Verordnung über den Ausnahmestand spätestens am 6. Oktober mit Wirkung vom 15. Oktober an Kraft treten lassen.

Drittens ist die Zustimmung des bayerischen Verfassungsausschusses und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtages zu einem vereinbarten Entwurf der neuen Verfassung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern dem Reichstagspräsidenten am 28. September mitzuteilen.

Viertens wird festgestellt, daß zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung Übereinstimmung darüber besteht, daß die Landesregierungen nach wie vor berechtigt sind, auch weiterhin einmündige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verfassung hinaus-

gehen und denen gegenüber die Reichsregierung eine sofortige Haltung einnehmen wird. Fünftens wird festgestellt, daß die bayerischen Volksgesichte mit dem auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung gestützten bayerischen Ausnahmezustand nicht im Zusammenhang stehen und daher durch diese Verordnungen nicht berührt werden. Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September zugestimmt. Aus den vereinbarten Verordnungen des Reichspräsidenten ist hervorzugehen, daß für Verbote und Beschlagnahme die Landeszentrale oder die von ihnen bestimmten Behörden zuständig sind. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Gestalt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tag nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des vorgehenden Ausschusses an.

Der Abg. Dr. Woblmuth (Bayer. Volkspartei) der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, beantragte einen Antrag, wonach der Ausnahmestand der Reichsregierung einmündig sei, sei gegen die von der bayerischen Staatsregierung getroffene Vereinbarung keine Erinnerung zu erheben. Was jedoch den Zeitpunkt der Aufhebung des bestehenden bayerischen Ausnahmezustandes angeht, so bleibt es dem Verfassungsausschuss vorbehalten, die bayerischen Verordnungen zu beurteilen, wenn sie den bayerischen Verordnungen entgegenstehen. — Daran knüpfen sich politische Ausführungen des Ministerpräsidenten Grafen Ledebur und juristische Ausführungen des Ministers des Innern Dr. Speyer-München. Nach langer Debatte wurde ein Antrag der WZ auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes abgelehnt. Der Antrag Dr. Woblmuth wurde mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen. Dem Antrag der Regierung wurde mit allen gegen fünf Stimmen der bayerischen Mittelpartei zugestimmt.

Das Oppauer Unglück.

Eine Erklärung der Direktion.

Ludwigshafen, 27. Sept. (W.Z.B.) Im Direktionsgebäude der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen ist Dr. B. O. der Bericht über die unglückliche Aufklärung über die Beschaffenheit des Wertes Oppau. Was die Explosion angeht, so ist auf die erste Untersuchung die ungeschwehene Explosion erfolgt, die das Werk zum Einsturz brachte und den großen Krater bildete. Hier hatte sich das große Lager von Ammoniumsalpater besunken. Ueber die Ursache der ersten Explosion fest jede Vermutung. Sie ist der Direktion vollständig unbekannt und es dürfte darüber überhaupt etwas zu Tage kommen, da von den dort befindlichen Apparaten nichts mehr vorhanden ist, und alle dort beschäftigten Leute ums Leben gekommen sind. Bezüglich des Umfanges der Explosion erklärte Professor Dr. W. H. u. a., daß die eigentliche Gefahr, wo die Salpeterminerale verbrennen, die Gefahr besteht, wo die Salpeterminerale verbrennen. Die Direktion hofft, daß nach Herstellung der Gebäude der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Die Fabrikation des bayerischen Produktes werde nicht wieder aufgenommen werden, solange nicht über die Verletzung des Produktes Klarheit herrsche. Die gestrige Klärung des Herrn Dr. Julius, daß die Ursache der Explosion vom außen kam, sei so zu verstehen, daß das Unglück von einem der Hauptexplosionsstellen benachbarten Fabrikgebäude seinen Ausgang nahm. Eine Verdrängung Dritter konnte nicht in Frage. Die gerichtliche Untersuchung werde fortgeschritten haben, ob ein Verstoß vorliege. Nach Ansicht des Generaldirektors ist dies nicht der Fall. Im Hinblick auf die Verletzung fand unter Führung mehrerer Herren der Direktion ein Rundgang durch das Oppauer Werk statt.

Die Zahl der Toten fest.

Ludwigshafen, 27. Sept. (W.Z.B.) Die vierte Totenliste weist 14 Namen auf, wobei die Zahl der noch nicht festgestellten Toten 44 beträgt. Die Zahl der noch nicht ermittelten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der von den Angehörigen als vermisst gemeldeten Personen ist um 70 auf 180 gestiegen.

Veränderungen des W.Z.B. aus Anlaß des Unglücks.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die WZ fordern zu der Katastrophe von Oppau, daß die durch die Katastrophe als unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer grundlegenden Nachprüfung unterzogen werden. Die bestehenden, völlig ungenügenden Unfallverhütungsvorschriften machten die sofortige Inangriffnahme einer Reform der Unfallverhütung der Reichsversicherungsordnung notwendig. Der sofortigen Inangriffnahme der erfindenden Maßgabe ist durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Selbstverwaltung zugehörige Entscheidung an die von dem Unglück Betroffenen und ihre Hinterbliebenen zu geben ist. Zur Befreiung der laufenden Entscheidungsumme seien die mit dem Oppauer Werk verbundenen drei Konzepte im höchsten Maße heranzuziehen.

Beschlusstexte.

Die Zustimmung in der Deutschen Republik hat in der letzten Zeit immer mehr Aufsehen - in nicht gerade gutem Sinne des Wortes - gemacht. Seit werden vom Reichsjustizministerium durch das Wolff-Bureau folgende beschwichtigende Mitteilungen verbreitet:

Der Wunsch, an der Rechtsprechung der Strafgerichte in ein weit größeres Maß als bisher zu beteiligen, erscheint berechtigt und so dringlich, daß es sich empfiehlt und noch vor der Durchführung des großen Reichsgerichtsreform erfüllt werden muß. Dabei kommt es darauf an, daß einerseits der Kreis der Personen, die zur Mitwirkung an der Strafrechtspflege berufen sind, andererseits der Kreis der Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung stattfindet, möglichst erweitert wird. Diese Erwägungen haben schon vor einiger Zeit dahin geführt, die Tagelöhner der Schöffen und Geschworenen zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterklasse, die Teilnahme an der Rechtsprechung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein zur Zeit dem Reichsrate vorliegender Gesetzentwurf, wonach den von den Selbstverwaltungskörpern in den Ausübung für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen entsandten Vertrauensmännern Tagelöhner gewährt werden sollen. Ein Gesetzentwurf, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem Reichsgerate vor. In Vorbereitung befinden sich ein Gesetzentwurf, der eine Umformung der Strafrechtspflege bringt. In den Säden, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern urteilten, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Säden, sobald es schon heute gegenüber den Urteilen der Schöffengerichte der Fall ist, die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen besetzt werden. Die Wahl der oben erwähnten Vertrauensmänner soll künftig nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl geschehen. Die Mitwirkung des Landgerichtes bei der Aufstellung der Jahresliste der Geschworenen soll wegfallen; die Jahresliste soll vielmehr unmittelbar von dem zur Auswahl der Schöffen berufenen Ausschusse aufgestellt werden.

Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts liegen zur Zeit dem Reichsgerate drei Entwürfe eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Geldstrafen, eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorzusehen. Beide Entwürfe werden voraussichtlich in nächster Zeit im Reichsrate zur Beratung gelangen. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafverbrechen des geltenden Strafrechtsbuchs den neuen Nationalen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden.

Außer diesen Gesetzentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter. Der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Strafrechtbuch hat Anlaß zu einer Reihe mehr oder minder eingehender Kritiken gegeben; gleichzeitig sind die Landesregierungen ersucht worden, zu den Vorarbeiten des Entwurfs Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Aenderungen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Aufstellung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertigzustellen wird.

Um die Umsatzsteuer.

Wie wir erfahren, findet der Rat der Reichsregierung, durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 3 Prozent etwa 24 Milliarden Mark Umsatzsteuer zu erzielen, im Umsatzsteuerrats des Reichswirtschaftsrats keine besondere Gegenliebe. Es muß sehr ernsthaft damit gerechnet werden, daß der Reichswirtschaftsrat der Erhöhung des bestehenden Steuerfußes von 1 1/2 Prozent, um einen kleinen Satz zuzulassen wird. Das würde, da in diesem Falle auch eine gleiche Haltung des Reichstages zu erwarten ist, die ganze Erhöhung der Umsatzsteuer auf 3 Prozent in die Luft jagen.

Mozart auf der Reise nach Prag.

Novelle von Eduard Mörike.

Hier überging Madame Mozart einige Urkunden mit Stillschweigen. Es war, muß man wissen, nicht unwahrscheinlich, daß zu gedachter Abwanderung auch eine junge Sängerin, Signora Maria, kommen würde, an welcher Frau Konstanze mit all'm R. di Kergerin nicht. Diese Konstanze war durch Mozarts Verbindung mit der Oper angeklagt worden, und ohne Zweifel hätte die tolestante Konstanze nicht geringen Anteil an der Kunst des Meisters. Sogar wollten einige wissen, sie habe ihn mehrere Monate lang eingesperrt und heiß genug auf ihrem Hof gehalten. Ob dies nun wahr ist oder nicht, überließen wir, gewiß ist, sie kamhin sich nachher frech und undankbar und erlaubte sich ganz in ihrer Art, daß sie ihn einst gegenüber einem ihrer glücklicheren Verehrer hüftweg ein piccolo giro rufe (ein kleines rarisches Schweinsrücken) nannte. Der Empfang, einer Circe würdig, war um so empfindlicher, weil er, wie man gesehen muß, immerhin ein Köhnen Wahrheit enthielt.

Man hat hier ein altes kleines Profilbild im Auge, das, wie es gezeichnet und gezeichnet, sich auf dem Theatralischen Kassenbuch befindet, wiewohl das Hässliche von dem auch nur wenig in den Hintergrund tritt. Demnach nachzugehen von jener Zeit her, bei welcher übrigens die Sängerin auf sich selbst ergriffen war, beging ein Freund im Ueberrump den Witz die Indirection, dem Meister dies kostbare Bild zu veranlassen. Er wurde deshalb nicht erlaubt, denn eigentlich war es für ihn der erste unabweisliche Beweis von der gänzlich ungeschicklichen seiner Schätzung. Vor lauter Entrüstung, die ihn überfiel, mußte er, wie er sich durchschaute, ein gnädiger Herr, hat mich zu meinem großen Bedauern damit betrunken, Ihnen die folgende ledigliche Deutungen zu überreichen. Wir haben jetzt Ihre Quartiere wieder angefaßt, und Seine Durchlaucht waren schon vorher davon eingeweiht und beschiedig, als bei dem ersten Mal vor einem Vierteljahre, laum der Fall gewesen.

warten ist, die ganzen Steuerberechnungen der Regierung, die wesentlich auf die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 3 Prozent gestellt waren, umwerfen. Im Reichswirtschaftsrat wird die Entscheidung darüber wahrscheinlich erst im Laufe der nächsten Woche fallen. Für Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche ist die Berechnung von Sachverhältnissen über eine andere Gestaltung der Umsatzsteuer vorgezogen, die in ihrer jetzigen Form keine Anhänger hat.

Eine Note über die Schulpflicht.

Der Vorsteher der Internationalen Mittelskontrollkommission General Kollet hat am das Bundesrat-Komitee eine Note gerichtet, die darauf hinweist, daß die letzte Organisation der Schulpflicht nicht den Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages entspricht. Die Internationalisierte Kommission verlangt:

- a) daß ihr die Ueberlichten der vollständigen Stärken nach Orten überant werden, wobei die verschiedenen Kategorien der Polizei auseinandergehalten sind,
- b) daß ihr die Listen der kommunalen und der staatlichen Volksschulen nach dem Stande von 1913 und 1921 überant werden.

Sie bringt endlich darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um der Kontrolle der Polizei (für Stärken, Schulen und Depots) völlig freie Ausübung zu ermöglichen.

Demokratie und Koalitionfrage.

Berlin, 28. Sept. (M.F.B.) In der gemeinsamen Besprechung der demokratischen Fraktion des Reichstages und des Landtages vor man einmütig der Ansicht, daß die breite Koalition von der Reichstagsdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei für unsere gesamte nationale und wirtschaftliche Entwicklung besondere Bedeutung hat, weil sie die einzige Grundlage ist, auf der eine feste Politik aufgebaut werden kann. Die Verammlung gab weiter der Meinung Ausdruck, daß die Regierungsbildung im Reich nur ein Kabinett Wirth sein könnte. Man ließ gleichzeitig seinen Zweifel daran, daß von der Deutschen Volkspartei ein offenes und unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Republik zu verlangen sei. Ferner sprach man sich dahin aus, daß es wünschenswert sei, die Umwandlung der Regierung im Reich und in Preußen möglichst bald und gleichzeitig vorzunehmen.

Die Fabrikbesetzungen in Schöft.

Frankfurt a. M., 27. Sept. (M.F.B.) Der Fabrikarbeiterverband hat, wie die „Volkstimme“ meldet, mit offen gegen zwei Stimmen eine Resolution gefaßt, in der das Vorgehen unverantwortlicher Elemente in den Werken Schöft, Giesheim und Kestera abgelehnt wird. Da beratige Maßnahmen im Gegensatz zu den vertraglichen Bestimmungen stehen. Weiter werden die Maßnahmen der Arbeitgeberorganisationen abgelehnt, da vorher nicht der Versuch einer Verständigung mit den Arbeitnemergesellschaften gemacht worden ist. Im übrigen seien die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit im Gange. Die Fabrikarbeiter von Durlach hat geschlossen, weil die Arbeiterschaft wegen Lohnfortschreitungen passiver Resistenz übte. Das Werk ist durch Schulpflicht besetzt.

Die neuen Reichskommunisten.

Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Leo Malchin, Reich, Dümel, Genert jun., Marie Madam, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann haben sich im Reichstagsrat zu einer Gruppe der kommunistischen Fraktion zusammengeschlossen. Diese Fraktionbildung dürfte der Beginn einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will.

Die neuen Ströme.

NZ. Der Anstalt der Herren Adolf Hoffmann und Däumig aus der Station der Bereinigten Kommunisten

Der Herr bemerkte mir, (ich muß es wörtlich schreiben): „Als Mozart Ihnen diese Arbeit überreichte, hat er geglaubt, nur Sie zu ehren, doch kann's ihm nichts verfallen, wenn ich zugleich ein Kompliment für mich darin erblicke. Sagen Sie ihm, ich denke von seinem Werke bald so groß wie Sie selbst, und mehr noch“ er in Ungewissheit nicht verlaugte. — Amen! Ich bin ja, und Sie zujubeln?“

„Volkstribun, der lieben Frau ins Ohr: Sorgen Sie göttlich, daß die Danksagung nicht aufgehoben werde! Am besten geschäftlich“ er persönlich. Wir müssen so guten Willens sein erhalten.“

„Du Engelsmann! O himmlische Seele!“ rief Mozart zu mir überredet, und es ist schwer zu sagen, was er am meisten freute, der Brief oder des Adrians Bescheid oder das Geld. Was mich betrifft, aufrichtig gestanden, mir kam das letztere gerade damals höchst gelegen. Von der Affäre in der Vorstadt erwah ich jenen Tag noch nichts, die folgenden aberbarnung; die ganze nächste Woche vertrieb, keine Kreuzen erstehen, und mein Mann, in einem Strudel von Geschäften, vergaß die Sache bald.

Wir hatten an einem Samstagabend Gesellschaft: Hauptmann Weisel, Graf Erdberg und andere musizierten. In einer Pause wurde ich hinausgerufen — da war nun die Besichtigung! Ich ging hinein und fragte: „Dank du Bekanntschaft in der Vorstadt auf allerlei Schwere gemacht?“ — „Rog Vogel, ja! Ein Mädchen wird da sein? Das ist mir herkommen!“ — So trat sie denn in größter Freundschaft, einen vollen Ruch am Arm, mit Rosen und Blüten ins Zimmer, ersichtlichste ihr langes Aussehen; sie habe den Namen der Gasse nicht mehr gewagt und sich erst heim zurückgefragt. Mozart nahm ihr die Sachen nacheinander ab, und er sofort mit Selbstzufriedenheit mit überreichte. Ich ließ mir herzlich dankbar alles und jedes wohl gefallen, belobte und pries; nur nahm es mich wunder, wozu er das Gartengeräte gekauft. — „Retivrid“, sagt er, „für dein Stübchen an der Wien.“ — „Mein Gott! das haben wir ja aber lange abgeben, weil uns das Wasser immer ja viel Schaden tat und überhaupt gar nichts dabei herauskam.

gibt der unabhängigen „Freiheit“ Anlaß, zu zeigen, wie die Freizügigkeit die sich die „Bereinigten“ nicht ausgenutzt aussieht. Es kommt zu folgenden Zusammenstellungen:

1. Die Moskauer: a) die Unentgeltlichen; Kemmle, Grollig; b) die Abgehenden: Stöder, Büttel, Rosen.
2. Die Deutschen: Best, Kallgahn.
3. Die Russen: Kell, Kell, Kell.
4. Die Engländer: H. Z. u. H. Marie Madam.
5. Die Unterabgehenden: Bettin, Bettner, Gardt, Raf, Barz, Heidemann.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geyser, Berthel, Eichhorn, Thomas, Fries.
7. Die Wildgeordneten: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

Brotpreisverteuerung, ihre Ursachen und Beseitigung.

Eine Ergänzung zu dem Artikel des Gen. Schmidt, Gröbers. Die ganz erhebliche Erhöhung des Brotpreises hat das Verhältnis zwischen Verbraucher und Erzeuger nicht inniger gestaltet, zumal durch das Verhalten einer ganz erheblichen Zahl von Landwirten, die die Preissteigerung noch mehr erhöht wird. Bei der Zwangswirtschaft wurden immer wieder höhere Preise diktirt von dem Grundbesitzer, einen Anteil auf die Landwirtschaft auszuüben. Die Folge hiervon war, daß die Kaufkraft unseres Geldes immer mehr fiel und die Landwirtschaft, die seit der Revolution aus sich selbst gegeben ist, den Weltmarktpreis fordert, im anderen Falle drohte uns der soziale Vierterkrieg (Fehlertafel Angaben der benutzten Bodenfläche, falsche Angaben der Ertragsmenge u. dergl.). Die Regierung ließ sich daher veranlassen, durch die Interkommision, nur eine Umlage von 2 1/2 Millionen Brogetreide zu fordern, für welches der Preis von 115 M. pro Zentner festgelegt wurde, eine Preissteigerung von ca. 50 Prozent. Dieses Umlageverfahren ist nun die nächste Stufe für freie Wirtschaft (Weltmarktpreis); aber die Weltmarktpreis ist sogar zum Teil schon da, viele Landwirte kaufen bekanntlich zum Weltmarktpreis Roggen zur Umlageleistung an, damit die Landwirte z. B. für Getreide einen so großen höheren als den Weltmarktpreis erhalten können von der Weltmarktpreis pro Zentner). Von einem Aufhalten der Rede und ebenio wird der Unterschied zwischen innerer und allgemeiner Kaufkraft sehr bald verschwinden. Es muß die Kaufkraft unseres Geldes gehoben werden und diese muß gehoben durch unser Steuerprogramm, Gefassung der Sachwerte und nicht der Papierwerte!

Die Gemeinwirtschaft ist wohl geeignet, eine Stabilität der Preise zu bringen, aber, da wir diese jetzt nicht schaffen, so brauchen wir auch nicht hierüber eine Organisation des Zwanges zu diskutieren. Die Stabilität der Preise im Interesse der Landwirtschaft bringen schon die großen privaten landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kommunen genossenschaftlich) und wenn der Plan der Gemeinwirtschaft des Staats in diesen privaten landwirtschaftlichen Genossenschaften gewährleistet werden und hier hat die Agrarreform anzusetzen. Der Schritt übrigens nach landwirtschaftlichen Schulstellen kommt nicht etwa erst bei fallender Baluta, nein er ist schon da, bekanntlich sind und bleiben die Grenzen für Zudehrer aus dem Grunde gegeben, damit der teure Ankauf der Zudehrer mit den Landwirten nicht revidiert zu werden braucht. Der Zucker darf nicht fallen.

(Die Reichsregierung hatte ein Umlagegesetz von 3 1/2 Millionen, die S. W. D. Fraktion von 4 1/2 Millionen beantragt, die übrige Mehrheit im Reichstag hat die Verabreichung auf 2 1/2 Millionen beantragt und durchgedrückt, D. Reb. v. Kollet.)

Sandmanster in ein Zeitungsreife. In das Haus der obersten „Volkstimme“ in Hinderburg wurde nachts eine Sandmanster geworfen, die herächtlichen Schaden anrichtete.

Beschleunigte Wachen. In Dresden wurde gestern ein verdächtiger Individuum mit Gewehr und Munition angetroffen und beschlagnahmt, der Transportführer in Ost annehmen.

Ich sagte dir's, du hast nichts dawider. — „Was? Und ich, die Sorgen, die wir dies Frühjahr heissen.“ — „Waren, immer vom Markt.“ „Seht,“ sagt er, „hätt ich das gewagt! Ich lobte sie dir so aus bloßer Artigkeit, weil du mich wirklich dauernd mit deiner Gütern: es waren Dinger wie die Federputzer.“

Die Herren belächelte der Saft überaus; ich mußte einigen logisch das Ueberflüssige zum Andenken lassen. Als aber Mozart nun das Mädchen über ihr Heiratangebot auswarf, sie erinnerte, hier nur ganz frei zu sprechen, da das, was man für sie und ihren Willen tun würde, in der Stille, glimlich und ohne jemandes Anfragen solle ausgerichtet werden, so ärgerte sie sich gleichwohl mit so viel Bescheidenheit, Vorlicht und Schonung, daß sie alle Anwesenden völlig gewann und man sie endlich mit den besten Versicherungen entließ.

„Den Saften muß gehoben werden!“ sagte der Hauptmann. „Die Zusageofferte sind das wertigste dabei; hier weiß ich einen, der das bald in Ordnung bringen wird. Es handelt sich um einen Beitrag für das Haus, die Einrichtungskosten und dergleichen. Wie, wenn wir ein Entree ad ibitum antindigen?“ — Der G. Dank fand schätzten Anhang. Einer der Herren ergriff das Schloß und sagte: „Es müßte jemand zur Einleitung einen hübschen historischen Vortrag tun, Herrn Mozarts Umlauf schildern, seine menschenwürdige Arbeit erklären, und hier das Bedingungsfall Reiki nun auf einen Tisch als Opferbrücke auf, die beiden Reden als Dekoration rechts und links dahinter greuht.“

Dies nun geschah nicht, hingegen das Konzert am nächsten; es war ein Erledigtes ab, verschiedene Beiträge folgten nach, daß das beglückte Paar noch Ueberflüssig hatte, und auch die anderen Ueberflüssigen waren schnell beseitigt.

(Fortsetzung folgt.)

Man übernehme das neue optische Braun'sche Fernrohr und lasse die lehrreichen Anweisungen No. 2 von Wilhelm Braun, (vertrieben) an den Hersteller bitten, (Vertrieber) a.H.

Partei-Angelegenheiten.

Die Mitgliederversammlung der SPD. (Ortsgruppe Halle) findet am Donnerstag abend 8 Uhr, im Wilsdorfs Gesellschaftsraum statt. Die nächste Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Bericht vom Parteitag und der Frauenkonferenz in Wehrh. 2. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages. 3. Bericht des. — Die Anwesenheit jedes Parteimitgliedes ist Pflicht.

Angewandte Arbeitsgemeinschaft. Heute abend 8 Uhr bei Wilsdorfs.

Sozialer Gewerkschafts- und Vereinstafelabend. Gewerkschaftsversammlungen der Betriebe. Gruppe 3 (Befreiungs- und Zertifikatskriege). Freitag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Reisaurant).

Gruppe 6 (Graphisches Gewerbe). Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Volkspark (Mittelsimmer).

Gruppe 9 (Lebens- und Genussmittelindustrie). Freitag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsplatz, Zimmer 14.

Tagesordnung wird in den Verammlungen bekanntgegeben. Das Gewerkschaftsamt.

Freier Sängerkor. Freitag abend pünktlich 8 Uhr Eingelände.

Halle und Gaullandkreise.

Halle, 28. September 1921.

Leber Angemeinheitspreise.

In den Mitteilungen der Preisprüfungsstelle lesen wir: In einer Sitzung, die von einer zeitlichen Preisprüfungsstelle zum Zwecke der Stellungnahme zu den Voten und Gewerkschaften der betreffenden Preisprüfungsstelle einberufen, den Erzeugern, Händlern usw. andererseits einberufen worden war, hat man sich gegen Angemeinheitspreise ausgesprochen. Trotzdem wurde aber in derselben Sitzung der Beschluß gefaßt, den Substanzpreis weiter nachzurufen. Das war nicht anders, als der Frage der Angemeinheitspreise erneut Stellung zu nehmen.

Während des Krieges und in der ersten Überbergangzeit mußten die Behörden unter dem wirtschaftlichen Druck von sich aus für ein großes Warengebiet des täglichen Lebensbedarfes Höchstpreise festlegen. Diese Maßnahme war zum Schutz der Konsumenten erforderlich. Bis man diese Überbergangzeit, die Schäden der Zwangswirtschaft lösen zu lassen und Wettbewerb und Handel wieder dem freien Markt auszuweichen, wurde in weiten Konsumentkreisen der Wunsch laut, auch in Zukunft beherrschenden Schutz gegen übertriebene hohe Preisforderungen zu genießen. Ein neuer Weg zum Schutz der Konsumenten wurde beschritten, indem sie den ihnen angebotenen Mitteln die Einhaltung einer gewissen Preisgrenze vorzuziehen. Diese „beschränkten“ Preise sind indes nicht überall eingehalten worden. Die Preisprüfungsstelle Wehrburg hat den freien Organisationsstellen, die sich in Wirtschaftsausgleichung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengelassen, den Vorschlag gemacht, die von ihnen beschlossenen Preise durch die amtlichen Stellen für eine angemessen erklären zu lassen. Durch diese Erklärung der beschlossenen Preise zu Angemeinheitspreisen läßt sich insofern weiter ein Schutz der Konsumenten erreichen, als die Angemeinheitspreise zum amtlichen Stellen für Anerkennung der Angemeinheitspreise über die Preisbildung frei beschlossener Preise gefaßt werden soll.

Wenn sich nun die Teilnehmer an der erwähnten Sitzung gegen Angemeinheitspreise ausgesprochen haben, läßt sich demgegenüber nicht unverständlich erklären werden, daß die Grundzüge der Angemeinheitspreise auf einer vollkommen freien Entscheidung der Beteiligten — allerdings unter der Voraussetzung amtlicher Anerkennung dieser Beschlüsse — ruht, die unter Berücksichtigung ihrer Geltungsstellen und Grenzen die Wirtschaft launlich in der angestrebten Überbergangzeit nach nicht genügend auswirken, um durch Angebot und Nachfrage allein einen Marktpreis zu schaffen, so daß ein Zusammenarbeiten von freien und amtlichen Organisationen zu fordern ist, wenn den Konsumenten wirksamer Schutz zuteil werden soll. In Hinsicht darauf, Konsumentenschutz und richtiger Aufklärung über die Preisbildung liegt aber die Hauptaufgabe, die durch die amtliche Preisbildung frei beschlossener Preise gefaßt werden soll.

Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit der Beibehaltung von Angemeinheitspreisen, weil sie den Konsumenten schützen und befehlen und den Behörden ein Mittel in die Hand geben, gegen übertriebene Preisforderungen ein gerichtliches Vorgehen zu beantragen.

Strafkammer.

Sittlichkeitsverbrechen.
Wegen Sittlichkeitsverbrechen hatte sich der Arbeiter Ernst S. aus Helmweis zu verantworten. Er hat mit seiner vierzehnjährigen Tochter Unzucht getrieben. Allerdings trug zu diesen Vergehen das Verhalten der Frau des Angeklagten, die sich während des Weltkrieges, als ihr Mann an der Front war, einen Liebhaber hielt, sehr viel bei. Dies wurde auch bei dem Urteil berücksichtigt und in der Urteilsbegründung betont. S. wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Den Ernst des Lebens

fennen wir alle. Schwer lastet die Gegenwart auf uns. Die Sorge um das tägliche Brot macht uns verbittert. Wollen wir immer so leben, mit leis g'faltert Siren durchs Leben gehen?
Es ist es nicht, was alle Not vergessen machen kann? Haben wir nicht untern

Jugend?

Die Arbeiterjugend mit ihrem fröhlichen Treiben, mit ihrer unermüdeten Tätigkeit. Hat sie unser Gemüt nicht schon immer aufgereizt?
Die Jugend von heute am Sonntagabend, den 1. Oktober, einen

Jugendwerbeabend

im Neumarktshaus. Ein jeder ist herzlich willkommen.

Kommt alle!

Karten sind im Vorverkauf erhältlich in der Buchhandlung der „Volksstimme“ und im Jugendklub, D. 32 44, Zimmer 38.

Echthheitsgericht.

Das Kennenwert vor dem Ausfall. Ein Preisrun.

Gestern wurde gegen den vor dem Märzputze im Leunawert beschuldigten Bauarbeiter Kurt Quaud aus Groß-Wehra verhandelt. Er wurde bereits wegen seiner Teilnahme am Ausfall vom Sondergericht in Erfurt zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Nun wurde er eines weiteren Verurteilens schuldig befunden. Die zur Verhandlung liegenden Verträge ereigneten sich im Kennenwert in den Wochen vor den Anrufen.

Es ist bekannt, daß im Kennenwert den dort beschuldigten Arbeitern die Teilnahme von Holz zur Deckung des eigenen Bedarfs erlaubt war, was aber allmählich zum Unrecht wurde, da der ganze Baugewerbe aufarbeitete. Als man nach der Veröffentlichung des bekannten Auftrages für den Winter die Aufträge derjenigen Leute kontrollierten, die das Werk verlassen, stieß man auf die Angeklagten mit einem gewissen tabulaten Anhang gegen diese Maßnahmen. Am 9. März abends kam es zu einem Zusammenstoß mit Wörtern und Gebarden, wobei diese von den erkrankten Arbeitern angegriffen und teilweise geschlagen wurden.

Hierbei soll der Angeklagte gefaßt und die Führerrolle gespielt haben. Er ist denn auch vom Holz, infolge dieser Vorgänge, entlassen worden. Schon früher wurde ihm, weil er sozial Holz mitnahm, mit der Entlassung gedroht, und er versprach auch, sich darin in Zukunft auf das Zulässige zu beschränken.

Der Angeklagte glaubt auch noch in der Verhandlung, mit der Teilnahme des Holzes kein Unrecht begangen zu haben, da das Werk dies erlaubt habe und er nur Holz abholte, das nicht weiter zu verwenden war, als für Holz, das

Die Aussagen der Belastungs- und Entlastungszeugen gehen himmelweit auseinander. Die Ersteren behaupten, der Angeklagte sei hehr und Adelsführer zugleich gewesen, die Entlastungszeugen wissen davon rein gar nichts. Das Gericht hält alle Entlastungszeugen als der Teilnahme am Landfriedensbruch verdächtig und läßt sie zum großen Teile un-

eidigt (!), so daß zur Konstitution des Verhandlungsbildes nur die Belastungszeugen als vollwertiges Zeugnis erhalten bleiben. Der Verurteilte Quauds macht denn auch gegen die Entscheidung Front.

Einige Zeugen befinden im Gegenteil sogar, daß Quaud vor Gewalttätigkeiten gewarnt habe, während andere wieder behaupten, daß er die Wörtern mit Ausbreiten wie „Kumpen“, „Schurke“ usw. behauptet habe. Die Verteidigung hat damals die Teilnahme des Holzes verbot, während die Entlastungszeugen katekten. Dadurch entstand dießmal ein ungeläuterter Wirrwarr.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Landfriedensbruch. Daraus wurde der Angeklagte nach siebenwöchiger Behandlung freigesprochen.

Großer Einbruchsbefehl, 5000 M. Belohnung.

In der Nacht zum 23. 9. sind bei einem Einbruch in eine Villa in Diemlich folgende Sachen gestohlen worden: 4 edle Teppiche, davon 1 Kasidat, 1 Cassin, 1 Gebetsstich und 1 Karmen, 1 Kleiderkasten, auf einer Seite schwarz, auf der andern Seite gelb, 1 weißer Gabelstichkasten, 1 weißer altpolitischer farbige Decke für Kesselstich, 1 brauner angetragener Sack, 1 brauner Ullter mit Kängururand, 1 ockerfarbener Strick, 1 silberne vieredrige Zuckerdose mit Löwen auf Deckel (Antiquität), 1 silberne Spardose mit Hochreliefschilde (Antiquität) und 1 kleine silberne Spardose in Form eines geschäftlichen Briefes, aus dem eine Klaus herausragt. Für die Ermittlung der Täter und Wiedererlangung der Sachen hat Geschädigter 5000 Mark Belohnung ausgesetzt. Wer irgendwelche nachteiligen Angaben zu machen vermag, wolle sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Dreßhausstraße 4, Zimmer 35 melden.

In der Nacht zum 18. September wurde aus einem Substanz auf der Neuen Promenade für nahezu 5000 Mark Sammet, Seide, Wusch, andere Stoffe und Band gestohlen. Wer zur Ermittlung der Täter oder des gestohlenen Vermögens Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 35-37 zu melden.

Deutschnationale Kreismeterei. Wie bekannt, wurde die Sedanfeier der Deutschnationalen am 2. September nicht stattfinden. Von der hiesigen Polizei wurde die — und wohl aus leicht begreiflichen Gründen — verboten. Die Deutschnationalen konnten sich jedoch damit nicht abfinden und schrieben tags an das Ministerium des Innern. Der Antwort erließen sie nun an Herrn Dominicus den Reichsd, daß der Ausbruch des Reichsdarcs das Verbot aufgehoben hat. Nun schloß den Herrn Hakenreutern der Kampf ganz fürchterlich und sie sandten den Polizeidirektor Gen. D. 53 ein Schreiben, worin dieser um Abhaltung der Sedanfeier in Höhe von 1211,75 Mark ersucht wurde. Gen. D. 53 antwortete darauf, es muß dem Herrn überlassen bleiben, seine vermeintlichen Schadenfallsprüche im Klagenwege zu verfolgen, es folgt: Wie die „Halle'sche Ztg.“ mitteilt, wird die Deutschnationale Volkssverein den Klagenweg bestritten. — Außerdem strengt noch die „Halle'sche Ztg.“ eine Klage gegen Gen. D. 53 an, weil er in keiner Antwort auf die Briefe der „H. Ztg.“ reaktion. Wir meinen, daß er gar nicht so unrecht damit hat und daß die „H. Ztg.“ doch lieber mündlich bleiben sollte.

Die Sammlung des Oberbürgermeisters. Die Vorbereitungen für die vom Oberbürgermeister-Schwartz demnachst zu veranstaltenden Hausaufführungen für die Markt Brandenburg sind soweit gediehen, daß sich bereits 20 Städte einverstanden erklärt haben, Hausaufführungen zu veranstalten. Nach einer persönlichen Nachfrage des Hauptgeschäftsführers des Oberbürgermeisters mit dem französischen und amerikanischen Delegierten der Alldeutschenkommission in Koblenz haben sich diese bereit erklärt, Sammlungen für das Oberbürgermeisterschwartzs lehrmäßig wird. Es sind Vorbereitungen im gegenseitigen ist um je freudiger, als bisher im französischen Bereich Gebiet alle Sammlungen für das Oberbürgermeisterschwartz verboten waren. Dies zeigt, daß sogar von dieser Stelle der völlig unpolitische Charakter der Oberbürgermeisterschwartzs genehmigt wird. Es sind Verhandlungen im Gange, daß auch Frankfurt a. M. und Koblenz sich den Hausaufführungen anschließen werden. — Die Hausaufführungen des Oberbürgermeisterschwartzs für die vom 16.-23. Oktober stattfindende Braunschweig stellt das Oberbürgermeisterschwartz eine Großfeier über Oberbürgermeisterschwartz zusammen, die sich mit der deutschen Frau und Oberbürgermeisterschwartz beschäftigt, namhafte Künstler und Schriftsteller haben sich bereit erklärt, Beiträge zu leisten.

Bund der Arbeiterinnen. Uns wird geschrieben: Die wirtschaftliche Notlage unserer Völker hat die großen Familien seit Jahren am härtesten getroffen. Durch die bevorstehenden Steuererhöhungen und die erneut gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfartikel erhöhen die Sorgen der hunderttausenden Familienväter und -Mütter die Gefahr unermesslichen Maß. In Stadt und Land regen sich diese daher, um sich durch Zusammenhelfen gegenseitig zu helfen, denn die durch die Verfallung verlohene ausreichende Fürsorge für Kinderreiche ist bis jetzt nicht merklich vermindert worden. In 30 Ge-

Vorläufig noch keine Preissteigerung.
Infolge frühzeitigen Einkaufs mit 15 ersten Häusern unserer Branche in anderen deutschen Großstädten (Esders-Konzern) werden unsere Waren vorläufig von der **enormen Preissteigerung** nicht betroffen.

Herren-Ullster	M. 375.-	450.-	650.-	850.-	Knaben-Ullster	M. 125.-	165.-	245.-	375.-
Herren-Raglan	M. 575.-	725.-	875.-	1050.-	Jünglings-Raglan	M. 375.-	475.-	550.-	650.-
Bozener Mäntel	M. 275.-	375.-	525.-	675.-	Knaben-Anzüge	M. 125.-	175.-	250.-	350.-
Gummi-Mäntel	M. 375.-	450.-	650.-	850.-	Kieler-Anzüge	M. 330.-	375.-	450.-	525.-

Neu aufgenommen:
Damen-Mäntel in höchster Vollendung M. 375.- 425.- 475.- 550.- 650.- 850.-

Endepois & Dunker
Das führende Bekleidungshaus.
Grosse Ulrichstrasse 19/20.

Bis zu 25% unter dem heuligen Tagespreise.
Bis zu 25% unter dem heuligen Tagespreise.

